

Zur Landtagsession.

Der Landtag der Monarchie ist durch Allerhöchste Verordnung auf Sonntag den 21. Oktober einberufen worden, — etwas früher, als es in der Verfassungs-Urkunde für die regelmäßige Session in Aussicht genommen ist.

Zum ersten Male wird in diesem Jahre die neue Reihenfolge der parlamentarischen Sessionen, welche mit der Verlegung des Beginns des Etatsjahres auf den 1. April in Aussicht genommen war, zur Geltung kommen, wonach für die Reichstagsession die ersten Monate des Jahres bestimmt sind, und demgemäß für die preussische Landtagsession zunächst die Zeit vom Oktober bis zum Januar, und nöthigenfalls eine Wiederaufnahme der Arbeiten nach dem Schlusse der Reichstagsession vorbehalten bleibt.

Gleich bei der Feststellung der neuen parlamentarischen Ordnung, welche für die feste Gestaltung der Reichsverhältnisse dringend wünschenswerth erschien, wurde darauf hingewiesen, daß die Erledigung der Aufgaben des Landtages insofern eine Erschwerung erfahren würde, als weder die drei Monate vor der Reichstagsession für sich allein, noch auch die Frühlingsmonate allein ausreichen würden, um bei der bisherigen parlamentarischen Praxis neben dem Staatshaushaltsetat noch bedeutende und umfangreiche Gesetze zu vereinbaren. Um diese Schwierigkeiten zu bewältigen, würden sich wesentliche Veränderungen in der Geschäftsbehandlung theils in Bezug auf die Staatshaushaltsberatung, theils in Bezug auf die Vorberathung größerer Vorlagen als unerlässlich herausstellen. Die Landesvertretung werde gewiß bereitwillig die Hand dazu bieten, die neue Ordnung auch den preussischen Verhältnissen möglichst anzupassen.

Selbstverständlich werden aber die in Aussicht zu nehmenden Veränderungen der parlamentarischen Geschäftsbehandlung erst an der Hand der Erfahrung und der unabweislichen inneren Nothwendigkeit zur praktischen Geltung und Gestaltung gelangen.

Angesichts der ersten Session, welche unter den neuen Bedingungen abgehalten werden soll, mußte die Staatsregierung zunächst an ihrem Theile darauf Bedacht nehmen, die Aufgaben für den Landtag so zu bemessen, daß die Möglichkeit einer erfolgreichen Erledigung nicht von vorn herein ausgeschlossen würde: es kam darauf an, neben der Staatshaushaltsberatung und den mannichfachen sich aus den augenblicklichen Bedürfnissen ergebenden Aufgaben eine gewisse Anzahl größerer Organisationsarbeiten, welche als vorzugsweise dringlich und zur Lösung reif erscheinen, in bestimmte Aussicht zu nehmen.

Bei der Entscheidung hierüber drängte sich zunächst die Frage auf, ob und inwieweit die Fortführung der großen Verwaltungsreform zu diesen dringendsten und unbedingt ins Auge zu fassenden Aufgaben gehöre. In dieser Beziehung war von vornherein kein Zweifel, daß die Ausdehnung der Gesamtreform auf alle Provinzen für die bevorstehende Session nicht in Aussicht zu nehmen sei, dagegen schienen diejenigen Gründe, von welchen in der vorigen Session zunächst die Einbringung einer neuen Städteordnung als angemessen erachtet worden war, auch für die erneute Vorlegung eines umgearbeiteten Entwurfs in der bevorstehenden Session zu sprechen. Innerhalb der Staatsregierung kamen jedoch Bedenken zur Geltung, ob nicht dieselben Erwägungen, nach welchen die Uebertragung der gesamten Verwaltungsreform auf alle Provinzen der Monarchie nur Schritt vor Schritt, auf Grund weiterer Erprobung und Bewährung und unter möglichster Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der einzelnen Provinzen ausgeführt werden soll, auch für die Städteordnung anzuerkennen seien, ob es sich daher nicht empfehle, die Reform auch für die Städte zunächst nur in den fünf sogenannten Kreisordnungsprovinzen und nur in dem Maße durchzuführen, als

es zur Einfügung der Städte in das neue Verwaltungssystem erforderlich ist, — und somit den neuen Organismus zuerst auf jenem begrenzten Gebiete zur vollen Durchführung zu bringen, vorbehaltlich der demnächstigen Uebertragung auf die übrigen Provinzen, wobei unter Festhaltung der leitenden Grundsätze die Möglichkeit einer Verbesserung erkannter Mängel offen gehalten würde.

Die Staatsregierung hat sich schließlich für diesen letzteren Weg entschieden, und es wird daher ein Entwurf zur Ergänzung der Städte-Ordnung in der erwähnten Richtung dem Landtage im Laufe der Session vorgelegt werden.

Wenn hiernach die Fragen der Verwaltungsreform die Landtagsvertretung nicht in ausgedehntem Maße beschäftigen werden, wenn ferner der vollständig ausgearbeitete Entwurf eines umfassenden Unterrichtsgesetzes mit Rücksicht auf die weitere Vorberathung im Staats-Ministerium schwerlich noch während der Session zur Vorlegung gelangen wird, so wird der Landtag doch neben den regelmäßig wiederkehrenden Geschäften durch mehrere wichtige und schwierige Organisationsaufgaben vollauf in Anspruch genommen sein.

Die dringlichsten unter den Vorlagen werden die Gesetzentwürfe Behufs Durchführung der neuen durch Reichsgesetz festgestellten Gerichtsverfassung innerhalb der preussischen Monarchie sein. Diese Entwürfe können zwar, da sie auf der Reichsgesetzgebung beruhen, keine grundsätzlichen Meinungskämpfe veranlassen; indem sie jedoch eine vielfache Veränderung der Personalverhältnisse und eine vollständige Umwälzung der Gerichtsbezirke herbeiführen und damit die Interessen und Wünsche nicht bloß der unmittelbar beteiligten Kreise, sondern der gesammten Bevölkerung in Stadt und Land berühren, werden sie unfehlbar zu so lebhaften und langwierigen Verhandlungen in den beiden Häusern führen, daß ein hohes Maß parlamentarischer Umsicht und Selbstbeherrschung Seitens aller maßgebenden Kräfte dazu gehören wird, um diese unerlässliche Aufgabe zur Erledigung zu bringen.

Eine gleichfalls sehr wichtige Vorlage betrifft die Wege-Ordnung, deren Neuregelung seit länger als einem Jahrzehent als eines der dringendsten Bedürfnisse anerkannt, aus mannichfachen Rücksichten aber immer wieder bei Seite geschoben worden ist. Wenn es gelingt, dieselbe nunmehr zu einem befriedigenden Abschlusse zu bringen, so wird sie gewiß in weiten Kreisen der Bevölkerung als eine bedeutende und dankenswerthe Frucht der parlamentarischen Session anerkannt und geschätzt werden. Aber so gründlich der Gesetzentwurf vorbereitet ist, so wird die Vereinbarung desselben mit beiden Häusern unfehlbar noch sehr erhebliche Erörterungen erfordern.

Wenn zu den erwähnten beiden dringendsten Aufgaben und dem Gesetzentwurf zur Ergänzung der Städteordnung noch die seit Jahren vorbereitete und im Entwurf vollendete Neuregelung der Aufbringung der Gemeindeabgaben hinzukommt, wenn ferner eine Reihe minder tiefgreifender, aber immerhin bedeutender Vorlagen theils wiederholt, theils neu eingebracht werden soll, so wird man von vorn herein zugeben, daß es der neuen Session weder an Umfang, noch an praktischer Wichtigkeit der Arbeiten mangeln wird.

Alle diejenigen, welchen eine wirklich ersprießliche Entwicklung des Staatslebens und besonders des parlamentarischen Lebens am Herzen liegt, werden ihren Rath und ihre Mitwirkung vor Allem darauf zu richten haben, die Mittel und Wege finden zu lassen, um die Bewältigung solcher Aufgaben unter den veränderten parlamentarischen Verhältnissen zu sichern.

Zur Bekämpfung der Sozial-Demokratie.

Der »Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen« giebt seit einem halben Jahre eine »Sozial-Korrespondenz« heraus, welche zwei Mal wöchentlich erscheint und Aufsätze über die sozialen Fragen zur Bekämpfung der sozial-demokratischen Irrlehren bringt. Die Erwägungen, von welchen bei der Gründung des Blattes ausgegangen worden ist, sind, nach einer Ankündigung in hiesigen Blättern, im Wesentlichen folgende.

»Die Theilnahme für soziale Fragen ist, wie die tägliche Erfahrung erkennen läßt, trotz aller ihrer Wichtigkeit, noch auf kleine Kreise beschränkt. Es ist kein geringer Bruchtheil des Handels- und Gewerbestandes, der es nicht für nöthig hält, über die wirtschaftlichen Grundlehren sich zu unterrichten, in dem Wahne, daß dies nicht seines Amtes sei, sondern nur Regierungsmännern, Volksvertretern, Professoren und Studenten der Nationalökonomie obliege. Um so eifriger und erfolgreicher bemüht sich die Sozialdemokratie, die ärmeren Klassen, also die bei allgemeinen direkten Wahlen ausschlaggebende Masse der Bevölkerung, zu überreden, daß die jetzige Gesellschaftsordnung durch und durch ungerecht, unhaltbar sei und gestürzt werden müsse, um einer völlig neuen, noch zu keiner Zeit und in keinem Lande dargelegenen Platz zu machen. Die Gegner dieser Irrlehren in den bürgerlichen Kreisen wissen den zuverlässlichen und verführerischen Ankündigungen derselben im Meinungsstampe selten mit wirksamen Geisteswaffen entgegenzutreten; die Meisten, Prinzipale, Meister, Werkführer, wissen von Wesen, Wegen und Zielen des demokratischen Sozialismus sehr wenig, darunter manches falsch, und noch weniger haben sie sich um Nationalökonomisches bekümmert.

Nach den sozial-demokratischen Behauptungen vermag der angestrebte Zukunftsstaat nichts Geringeres, als »alle Armuth und alles Verbrechen abzuschaffen«. So nackt hingestellt, wird ein augenscheinliches Hirngespinnst der Art wenige Gläubige finden, sollte man meinen. Man sehe aber die Parteiblätter bei der Arbeit (es erscheinen deren allein in deutscher Sprache jetzt ein halbes Hundert, unterstützt von zahlreichen Flugchriften), wie sie ihre Netze und Schlingen zu stellen, ihre Köder anzubringen wissen! Durch künstliche Gruppierung und Beleuchtung von Thatsachen und Zahlen, Mischung von Wahren, Uebertriebenem und Falschem, rhetorisch aufgepußt durch immer neue Variationen über dasselbe Thema, läßt sich, wie ja auch an anderen extremen Parteien zu bemerken, das Urtheil vieler so leicht gefangen nehmen, wie sollte es damit nicht bei Menschen gelingen, deren mechanisches hartes Tagewerk sie ganz in Beschlag nimmt und deren Denkfähigkeit noch wenig Gelegenheit zur Entwicklung hatte? Das von der Sozialdemokratie in's Unendliche variierte Thema lautet: »Ihr Arbeiter werdet bis auf's Mark ausgefressen. Und doch brauchet ihr nur ernstlich zu wollen und kräftig Hand anzulegen, um Euer Lebensglück zu sichern. Jeder Vorgang, klein oder groß, nah oder fern, muß dienen, um mit Allem, was außerhalb der sozial-demokratischen Partei besteht oder geschieht, Unzufriedenheit zu erregen und diese in helle Flammen des Hasses, der Wuth und der Habgier auslodern zu machen!«

Während aber der erklärte und unverkennliche Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft von Jahr zu Jahr an Geschick im Angriff, an Macht und Zuversicht gewinnt, wird von den Vertretern des Bürgerthums nichts gethan, um die Gesellschaft mit Waffen des Geistes zu vertheidigen.

Schon manche Stimme hat sich erhoben, namentlich seit den letzten Reichstagswahlen, welche, auf das alles hinweisend, die Bürgerklasse mahnte, sich zur geistigen Abwehr zu rüsten. Eine durchgreifende Wirkung ist jedoch kaum eher zu erwarten, als bis die Lokalpresse sich der Sache energisch und nachhaltig annimmt. Ihr fehlt es nun aber fast durchweg an Kräften, welche mit den sozialen Fragen vertraut sind und zugleich so darüber zu schreiben verstehen, kurz und bündig, klar und eindringlich, daß »der kleine Mann« auch liest und mit Frucht liest.

Den kleinen Zeitungen und Lokalblättern zu jenem Zwecke zu Hülfe zu kommen, ist die Aufgabe, welche sich der »Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen« bei der Herausgabe der »Sozial-Korrespondenz« vorzugsweise gestellt hat.

Die Korrespondenz erscheint (in Dresden) in einer doppelten Ausgabe, einerseits für Zeitungen, andererseits in einer allgemeinen Volksausgabe namentlich für gemeinnützige, technische und Fortbildungsvereine, für Lehrer u. s. w.

Es giebt im Augenblicke für die Organe aller gemäßigten Parteien keine dringendere Aufgabe, als den weiteren Fortschritten der unterwühlenden sozial-demokratischen Lehren Einhalt zu thun: die hierzu von erprobter sachkundiger Hand dargebotene Hülfe wird für die Mehrzahl der Blätter von Werth sein.

Vom Kriegsschauplatz ist in der verfloffenen Woche zwar keine Nachricht von eingreifenden Kriegsthaten und Erfolgen, aber eine Thatsache von erheblicher Bedeutung in Bezug auf die weitere Führung der türkischen Armeen gemeldet worden. Während dem Oberkommandirenden in Armenien, Mukhtar Pascha, und dem

Befehlshaber der Armee bei Plewna, Osman Pascha, durch Verleihung des Titels »el Ghazi« (der Siegreiche) die höchste Anerkennung des Sultans zu Theil geworden ist, ist dagegen der Höchstkommandirende der Ostarmee, Mehemed Ali Pascha, von diesem Kommando nach Konstantinopel abberufen und an seine Stelle der bisherige Befehlshaber im Balkan, Suleiman Pascha, zum Führer der Armee am Som ernannt worden. Das Kommando im Balkan ist dem früheren Marineminister Raouf Pascha übertragen worden, welcher nach dem Uebergang der Russen über den Balkan sich dem Marsch derselben nach Adrianopel zuerst entgegenwarf und sie dann im Verein mit Suleiman Pascha in den Schiplapaf zurückdrängte. Die Abberufung Mehemed Ali's, an dessen Vorgehen am Som sich noch vor Kurzem die größten Hoffnungen und Erwartungen auf türkischer Seite knüpften, darf wohl als ein entschiedenes Anzeichen gelten, daß seine letzten Operationen in Konstantinopel nicht, wie es zuerst hieß, nur als eine geschickte Konzentration, sondern als ein wirklicher Rückzug aufgefaßt worden sind. Es scheint nun, daß Suleiman Pascha, der im Balkan allerdings eine rastlose, wenn auch unfruchtbare Energie bethätigt hat, in Konstantinopel als der rechte Mann angesehen wird, um die Operationen am Som mit aller Kraft wieder aufzunehmen. Einstweilen freilich hat die russische Armee unter dem Befehl des Großfürsten-Thronfolger die von Mehemed Ali Pascha geräumten Stellungen zwischen der Jantra und dem Som besetzt und scheint sich ihrerseits zu Angriffsoperationen anzuschicken. Auf beiden Seiten aber sind die Bewegungen einstweilen durch die Ungunst des kalten und nassen Wetters in hohem Grade gelähmt.

Vor Plewna sind seit dem Eintritt des Generals v. Todtleben in der Leitung der dortigen Operationen die Belagerungsarbeiten seitens der Russen und der Rumänen mit großem Eifer fortgesetzt worden. Die Türken machen keine erheblichen Versuche zur Störung, angeblich weil Osman Pascha in Folge einer Verwundung an der Hand am Wundfieber darniederliege, doch werden gewiß noch andere Gründe dabei obwalten. Inzwischen wird auf russischer Seite Alles vorbereitet, um die Ueberwinterung der Armeen in Bulgarien zu sichern; doch findet die Herbeischaffung des nöthigen Materials durch den hohen und reißenden Wassergang der Donau bereits erhebliche Hindernisse.

Nach längerer Zeit der Ruhe treffen jetzt wieder Mittheilungen von lebhaften Kämpfen auf dem kleinasiatischen Kriegsschauplatz ein, die aber nicht mit Sicherheit erkennen lassen, auf welcher Seite der Vortheil gewesen ist. Vorzugsweise wurde in der Gegend von Kars gekämpft, wo Boris Melitoff und Mukhtar Pascha einander gegenüberstehen. Am 2. und 3. Oktober scheinen die Russen die Stellungen der Türken genommen, am 4. aber, angeblich wegen Mangels an Wasser, wieder verlassen zu haben.

Unser Kaiser gedenkt bis Mitte der nächsten Woche in Baden-Baden zu verweilen und nach den bisherigen Bestimmungen am Donnerstag (18.) Nachmittags von dort zunächst nach Frankfurt a. M. zu reisen, um daselbst den Abend und den folgenden Tag (19.) zu verweilen und am Sonnabend (20.) früh die Rückreise nach Berlin anzutreten, woselbst die Ankunft gegen 9 Uhr Abends erfolgen soll.

Zur Feier der Enthüllung des Denkmals Friedrich des Großen in Marienburg hat Se. Majestät durch das folgende Schreiben den Kronprinzen mit seiner Stellvertretung beauftragt.

»Als Ich im September 1872 in Marienburg der Säcularfeier der Wiedervereinigung Westpreußens mit der Monarchie und der Grundsteinlegung des dem König Friedrich II. zu errichtenden Denkmals beiwohnte, war Meine Absicht, auch an der Enthüllung des letzteren theilzunehmen. Der Zeitpunkt dieser Enthüllung ist herbeigekommen, gern würde Ich der damit verbundenen Feier beiwohnen, um dem Genius Unseres großen Ahnherrn an dieser Stätte Meine Huldigung darzubringen und der Bevölkerung Westpreußens von Neuem Meine Sympathie zu bezeugen. Allein Ich bin durch anderweitige Pflichten hier zurückgehalten. An Ew. K. K. Hoheit richte ich daher das Ersuchen, Sich nach Marienburg zu begeben und Mich bei der Enthüllungsfeier zu vertreten, wobei Ew. K. K. Hoheit der Bevölkerung der Provinz kundgeben wollen, wie freudig Ich auch bei diesem Anlaß ihrer gedenke.«

Die Enthüllungsfeier hat am Dienstag (9.) in Anwesenheit des Kronprinzen, welchem ein herzlich begeisterter Empfang zu Theil wurde, in würdigster Weise stattgefunden.

Der deutsche Bundesrath ist am Montag (8.) durch den Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, Staats-Minister Hofmann, wieder eröffnet worden.